

Galettesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 60.

Erste Ausgabe

Jahrgang 205.

Das Exemplar für Halle und Strecke 250 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Quartier.

Die Galettezeitung erscheint wöchentlich dreimal. — Größte-Beilagen: valdieser Courir, nägl. Anzeigenbeil. 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), 60. Mitteilungen.

Dienstag, 6. Februar 1912.

Galettezeitung in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon: Amt Ausland Nr. 6209. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Der Landwirtschaftsetat in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte in ihrer Nachmittagsession am Sonntag das Ordinariat des Landwirtschaftsetats. Beim Ministergehalt erledigte ein landwirtschaftlicher Beamter im Auftritte über die Lage der Verhandlungen der Bäuerlein auf Konferenzen, indem er hervorhob, daß eine Klagebeilage gegenüber Aufstufung der Interessen der deutschen Bauernbauern lag. Der Minister erwiderte, daß die Verhandlungen in Weisheit zurzeit noch schweben und er daher keine Auskunft geben könne. Er bemerkte nur, daß die Forderungen der Bauern für Preußen und in nächster Zukunft auch die Beurlaubung des deutschen Zuckermarktes vermeiden werden müsse. — Hinsichtlich der Behandlung des Wasserregulierungssetats erklärte der Minister auf die Anfrage eines national-liberalen Abgeordneten, die Regierung habe den Wunsch, daß das Haus so bald als möglich in die Verhandlung des Wasserregulierungssetats eintritt und es wäre auch, daß die Kommission, falls das Gesetz bis zum Juli nicht erledigt werden könnte, im Oktober bereits weiterarbeiten. Ueber das Parzellierungssetat habe eine Einigung zwischen den Ministerien stattgefunden und der Entwurf sei nunmehr an die Provinzialverwaltungen zur Begutachtung gegeben worden. Gegen diesen sei die Begründung der Vorlage zu erwarten. Das Gesetz bewirde, daß die Begründung der Grundstücke, insoweit diese nicht durch gemeinübliche oder öffentliche Anhalten erfolge, durch eine Abgabe entgegenzuwirken. Ein Gesetz über die Zusammenlegung von Grundstücken sei vorzunehmen und diesen werde vorbereitet. Ueber die Frage der Entschädigung der Grundbesitzer für die Vergrößerung der Anwesen erklärte sich der Minister dahin, daß es in den sechs nächsten Provinzen mit Ausnahme Brandenburgs gelungen sei, öffentliche Lebensversicherungsanstalten zum Zwecke der Entschädigung zu errichten; abgesehen von Ostpreußen, wo die Landwirtschaft die Lebensversicherungsanstalt errichtet hat, seien sie von den Provinzialverwaltungen unter Mitwirkung der Landbesitzer errichtet worden. Eine Anfrage des fortschrittlichen Abgeordneten des Ministeriums über die Vergrößerung der Anwesen erklärte der Minister, daß die Landeslebensversicherungsanstalten nicht nur die Aufgabe haben, die Entschädigung, sondern auch der Verbreitung der Lebensversicherung auf dem Lande zu verhelfen.

Der landwirtschaftliche Seite wurde eine Verleserung der Rentenstellen und Ausdehnung der Versicherung bis 90 v. H. empfohlen. Der Landwirtschaftsminister und der Interaktionsminister des Finanzministeriums erklärten, daß eine Verleserung der Rentenstellen in industriellen Betrieben am Platze sei, dagegen im Osten oder der Provinz die Vergrößerung der Rentenstellen bevorzuge; eine Ausdehnung der Versicherung bis 90 v. H. werde erfolgen. Eine Anfrage des fortschrittlichen Kommissionsmitglieds beantwortete der Minister dahin, daß die Ministerien über die Aufhebung der General-Kommission in Ansbach eingesehen, die Kommissionen beauftragt sich zurzeit der Provinz und in nächster Zukunft der Provinzialverwaltungen General-Kommissionen zu ernennen.

Beim landwirtschaftlichen Interaktionsminister erklärte der Berichterstatter, daß sich das landwirtschaftliche Interaktionsministerium in gelinder Entwicklung befinde, daß aber in Frage kommen könne, man nicht die landwirtschaftlichen Schulen ausgliedern der Ministerien vermindern könne. Der Minister erwiderte, daß er bei Anträgen auf Errichtung neuer landwirtschaftlicher Schulen die Bedürfnisfrage prüfen werde, da im allgemeinen der Zug nach den höheren landwirtschaftlichen Schulen im Wachsen begriffen sei. Die Anfrage eines national-liberalen Kommissionsmitglieds nach dem Verhältnis der Mittel zur Verteilung, daß bei der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin ein Verzicht ins Auge gefaßt werde.

Der Finanzminister sprach der Berichterstatter besonderen Dank aus für ihre nicht genug zu rühmende Tätigkeit bei der Befämpfung der Maul- und Klauenseuche. Der Etat für 1912 umfaßt hunderttausend Mark zur Bewahrung von Infektionskrankheiten, die nach dem Gesetz diesem Dispositionsfonds zuzuführen sind. Der Berichterstatter erklärte, daß die Summe, die nach dem Gesetz diesem Dispositionsfonds zuzuführen sind, die nach dem Etat für 1912 betragen. Es handle sich um eine Aufschüttung der Erlöse, die bis zum 30. März 1912 durch den Verkauf von Fleisch und Knochen aus dem Schlachthaus für den Fonds zu beschaffen sind, falls im nächsten Jahre die Maul- und Klauenseuche in so hartem Maße herrschen würde wie im Vorjahre; es handle sich um die bestimmte Hoffnung auf Verjüngung und darum, daß der Fonds als ausreichend zu betrachten. Der Dispositionsfonds zu Prämien für Beobachter wurde bewilligt, nachdem von fortschrittlicher Seite hervorgehoben worden war, daß im Hinblick auf den Staatsetat in Höhe von 213 000 Mark jedenfalls mit Rücksicht auf die erhöhten Einnahmen aus dem Schlachthaus nicht notwendig wäre. Ein freisinniger Abgeordneter erklärte, daß der Minister begründete die Erhöhung des Dispositionsfonds damit, daß die Kennzeichnung erhöhter Ausgaben zu Prämien für den Import von Vollblutstuttschweinen befristet und die Ausgaben anderer Staaten für diese Zwecke größer seien.

Durch die Reorganisation der Wasserbauverwaltung wird eine Dezentralisierung herbeigeführt; die Ausgaben hierfür werden vermehrt. Das politische Kommissionsmitglied lenkte die Aufmerksamkeit der Kommission auf die kürzige Tätigkeit der polnischen Landwirtschaftsbeamten und erklärte um deren Unterlegung, worauf der Minister erwiderte, daß die Unterlegungen der Landwirtschaftsbeamten gewährt werden, die sich nicht in der Lage befinden werden, an national zusammengelegte Vereiner Unterlegungen zu gewöhnen.

Der Beruf der Bühnenkünstlerin.

Zur Einbringung eines Reichstheatergesetzes erhalten wir folgende Zuschrift: In wachsendem Maße wendet sich das öffentliche Interesse der Lage der Bühnenangestellten. In wissenschaftlichen Kreisen wird das Theaterrecht behandelt, das öffentliche und das private. Das letztere ist zum größten Teile durch die Reichsgewerbeordnung geregelt, das andere hingegen ist bisher fast nur ein Gewohnheitsrecht gewesen und harret noch seiner gesetzlichen Regelung. Dem neu gewählten Reichstage wird hoffentlich bald die Vorlage eines Reichstheatergesetzes zugehen, die zur Ausarbeitung derselben eingelegte Kommission hat kürzlich zusammen, um sich mit den Vorarbeiten für ein zu schaffendes Reichstheatergesetz zu beschäftigen. Die Verhandlungen werden zwei Teile umfassen: die öffentlich-rechtlichen und die privatrechtlichen Verhältnisse der Bühnenangestellten. — Die darstellende Kunst lockt noch immer Tausende von Frauen an, trotz aller aufklärerischen Warnungen aus den eigenen Reihen. Das traurige Schicksal der wenig oder mittelbesoldeten Bühnenkünstlerinnen kann nicht schwarz genug gezeichnet werden. Aber der übergroße Anrang zur Bühnenlaufbahn läßt trotzdem nicht nach und verleiht die Insistenzen der begabten Kräfte. Die Frauenbewegung aller Richtungen arbeitet seit Jahren an der Befreiung der Verhältnisse. Der Deutsch-Frauenbund hat eine Arbeitskommission zum Studium der Theaterfrage eingesetzt, und einige seiner Ortsgruppen errichteten Sammelstellen für geeignete Gardeboie. Diese wird, in gutem Zustand wieder hergestellt, jungen Anhängern käuflich überlassen, um sie durch den billigen Einkauf vor Schulden und noch schlimmeren zu bewahren. Wenn die wohlhabenden Frauen noch mehr bedenken wollten, daß sie durch Liebeswerbung einer noch brauchbareren, für sie selber aber nicht mehr wertvollen Toilette an eine solche Sammelstelle wie sie z. B. in Göttingen, Hannover, Künigberg, Bonn, Kassel, u. a. bestehen, — einer jungen Bühnenkünstlerin den Weg zum Ruhm ebnen, oder den Weg der Erniedrigung ersparen können — dann würden sie sicher freudig das kleine Opfer bringen und den ehrlich ringenden Schwermern die ständige Hand reichen. — Ein Zusammenstoß der Bühnenangestellten in Deutschland und Österreich ist im Oktober d. J. in Berlin vollzogen worden zum Schutz und zur Förderung der gemeinsamen Berufsinteressen. Zum stellvertretenden wurde Hermann Riffen in Berlin gewählt.

Der italienisch-türkische Krieg.

Man verucht von neuem die Seite alles, um dem italienisch-türkischen Kampfe durch eine Verständigung über die Friedensgrundlagen ein Ende zu machen. Bisher sind diese Bemühungen allerdings regelmäßig gescheitert. Der neueste Vermittlungsversuch geht von Russland aus. Der Ausgang der Verhandlungen soll die Vereinbarung eines Waffenstillstandes zwischen Italien und der Türkei bilden. Wenn der Waffenstillstand von den Kriegführenden angenommen ist, sollen beide ihre Streitkräfte zum Kriegstheater zurückziehen. Dann dürfte erst über die Basis eines Friedensschlusses verhandelt werden. Die Worte und ebenso alle militärischen Schritte der Türkei stehen solchen Absichten durchaus ablehnend gegenüber. Sie erheben den Einwand, daß, falls die Verhandlungen nicht zu einem günstigen Abschluß führen und die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden müßten, die Türkei später aufstehende sei, ihre aus den afrikanischen Provinzen zurückgezogenen Truppen wieder dorthin zu expedieren.

Der Zwischenfall von Hodeida.

Die Nachricht von der Beschädigung der Werte der französischen Gesellschaft in Sebana, die die Arbeiten an der Hodeida-Eisenbahn ausführt, hat in Frankreich große Aufregung hervorgerufen. Es wird betont, daß Frankreich bedeutende Interessen in dieser Gegend besitzt, da eine Anleihe von 23 Millionen Franken von französischen Gesellschaften der türkischen Regierung gemacht worden ist, die durch die Zolleinnahmen von Hodeida und Dschebana gedeckt werden. Die Pariser „Liberte“ veröffentlicht Einzelheiten über den französisch-italienischen Zwischenfall von Hodeida. Die italienische Regierung habe am 27. Januar unter dem Vorwande der Plünderung der türkischen Roten Meer-Bahne die Eisenbahngesellschaft von Hodeida-Sebana aufgefordert, die von ihr an der Spitze besetzten Punkte zu räumen. Die Gesellschaft hatte dagegen Einspruch erhoben, und da sie der italienischen Forderung nicht nachgeben wollte, wurden fünf Züge nicht nachkommen, bombardierten die Italiener ihre Wiederbesetzungen. Alles Schiffsmaterial und verschiedene Leuchtfeuern wurden zerstört, das gesamte Material stark beschädigt. Das aus 40 Leuten bestehende Personal der Gesellschaft, darunter 13 Ingenieure mit ihren Familien, wurden von den strengen Maßnahmen der italienischen Behörden sehr betroffen. Der unermitteltliche Charakter der italienischen Angriffe wurde noch durch die Tatsache verstärkt, daß die Plünderung in Weisheit sich nur auf die Häfen von Hodeida und Sebana erstreckte, wo die französischen Interessen sehr beträchtlich seien, 1. wegen der im Vorjahre von einer französischen Vorkontingente der türkischen Regierung geschätzten Anleihe von

23 Millionen Franken, für welche die Zolleinnahmen von Hodeida und Sebana die Bürgschaft bilden, und 2. wegen der Bahn von Hodeida und des Hafens Sebana, deren Bau von einer französischen Gruppe übernommen wurde.

Die Pariser Blätter fordern nun auch die französische Regierung dringend auf, entschlossen und unverzüglich Vorstellungen in Rom zu erheben und dabei im Einverständnis mit der englischen Regierung zu handeln, da auch die englischen Interessen durch das willkürliche Vorgehen der Italiener schwer verletzt werden. Die Entsendung französischer Kriegsschiffe in das Rote Meer sei ebenso dringend als unerlässlich. Die französische öffentliche Meinung könne die so hartnäckig fortgesetzten Angriffe der Italiener gegen die Interessen und die Plünderung Frankreichs nicht hinnehmen.

Bei Schluß der Redaktion wird aus Paris, 5. Februar, noch gemeldet: In einer anstehenden offiziellen Zeitungserklärung wird erklärt, daß die Eisenbahnvorlage von Hodeida ein türkisches Unternehmen ist, an dem nicht nur französische, sondern auch italienische Kapitalisten beteiligt sind. Uebrigens werde in dem diesbezüglichen vom türkischen Parlament genehmigten Konventionenvertrag ausdrücklich erklärt, daß die Verluste und Schäden, die den Bahnunternahmen durch einen Ausbruch oder einen Krieg verurteilt würden, der türkischen Regierung zur Last fallen. Die Wahrscheinlichkeit, daß demzufolge für die etwa durch ein italienisches Bombardement erlittenen Schäden von der türkischen Regierung Ersatz erhalten. Es handelt sich anscheinend nicht um einen französisch-italienischen, sondern um einen italienisch-türkischen Zwischenfall. Die Türken könnten die Frage des Bombardements von Hodeida immerhin vor das Haager Schiedsgericht bringen.

Genau nicht verwundet. Die im Ausland verbreitete Meldung aus Konstantinopel, General Canova sei bei Anzara schwer verwundet worden, ist vollständig erfunden.

Uebrigens hat General Canova Erdrer erhalten, sich sofort aus Tripolis nach Rom zu begeben, um mit den Mitgliedern des Kabinetts an den Beratungen über die in Aussicht genommenen neuen Aktionen der Expeditionarmee in Tripolis teilzunehmen. In gut unterrichteten Kreisen wird allerdings behauptet, daß die Berichte, daß in der nächsten Zeit energische Vorstöße gegen den Feind unternommen werden sollen, zu diesem Zwecke seien neue Truppenverstärkungen für Tripolis beabsichtigt. Mehrere Einzelheiten sind noch nicht bekannt gegeben, das Kriegsministerium beobachtet aber die projektierten Maßnahmen das strengste Stillschweigen.

Eine türkische Bitte nach Berlin.

Anfolge der von der türkischen Presse gebrachten Klagen über schlechte Behandlung der nach Colera gebrachten türkischen Kriegsgefangenen hat die Forde der türkischen Botschafter in Berlin beantragt, sich dafür zu verwenden, daß die Gefangenen nach einem besseren Platte gebracht werden.

Neues Urteil.

Die italienische Regierung hat dem Ministerpräsidenten Poincaré mitgeteilt, daß sie das italienische Vorkriegsgeschwader im Roten Meer anzuweisen hat, die von den Postdampfern der Messageries maritimes erteilten Aufträge möglichst zu erledigen.

Nach einer Pariser Meldung läßt sich erwarten, daß zwei von italienischen Deltavieren begleitete Bogen nach Rom abgegangen seien, die den Frachtwerten zufolge 50 Millionen in Gold enthalten, die das Haus Rothschild und die Banque de Paris et des Pays-Bas stellen.

Wie aus Paris teils gemeldet wird, wird der von der Untersuchungskommission als verdächtig bezeichnete Fürst auf seinen Wunsch an die Schweizer Grenze gebracht werden.

Der Wirrwarr in China.

Nach den neuesten Meldungen ist das Abkündigungsdocument von Seiten der Dynastie unterzeichnet worden. Wie unser Berliner Vertreter erfährt, scheint es, soweit die Verhältnisse von Berlin aus zu übersehen sind, zwischen den Parteien der Mandchus und der Revolutionäre zu einer Einigung dahingehend kommen zu sollen, daß eine Scheindynastie auf dem Thron belassen wird, neben der ein gewählter Präsident die eigentliche Regierung führt.

Ein Telegramm aus Peking, 5. Februar, meldet: Ein Entwurf, die Republik zu bilden, die Republik mit Hilfe der Republikaner des Südens zu bilden. Das Publikum ist von der Abkündigung noch nicht in Kenntnis gesetzt. Weiter wird berichtet: Das Edikt, das Quansichai beauftragt, die Republik zu errichten, wird voraussichtlich erst veröffentlicht werden, wenn die Vorbereitungen möglichst vollständig sind. Quansichai verucht, die republikanische Regierung in Peking zu überreden, ihm ihre Macht zu übertragen, damit er ganz China regieren kann, bis der Nationalkongress eine permanente Regierung eingesetzt und eine Verfassung gegeben hat. Es ist zweifelhaft, ob die Republikaner auf diese Forderung eingehen werden.

Der Bischof in Rußland erklärt in einem Rundschreiben an die Behörden der Provinzen Kirin und Hsichan,

nach einem Brand in der Nacht vom Sonntag zum Montag...
Schiffahrt in Ostpreußen. In dem großen Vermögens...

Verurteilung. Ein Arbeiter, der aus ihm zum einen Jahr Gefängnis verurteilt...
Ein Anschlag auf einen Reichstagsabgeordneten. Auf den bei...

Arbeiterbewegungen in Berlin. Eine Versammlung der...
Zusammenbruch einer „Melasse-Gesellschaft“ in Schöneberg.

Inf. Ein Drama im Eisener. Durch eine Expedition nach...

Halle'sches Kunstleben. Stadttheater. „Solberg“ von Paul Heyse.

„Der Freischütz“ von C. M. von Weber. Die Momente des „Freischütz“...
„Der Freischütz“ von C. M. von Weber.

Kurorte, Reisen und Wintersport. Friedrichroda, 2. d. Februar. Wetter- und Sport...

Stadesamt. Halle (Saale), Steinweg 2. Welbungen vom 3. Februar 1912.

Knorr Suppen-Würfel. Wer nicht probiert, verliert. 3 Teller Suppe 10 Pfg.

Leipziger Kunstleben. Gewandhaus. Konzert am Donnerstag 7 Uhr. Hauptprobe...

Leipziger Kunstleben. Gewandhaus. Konzert am Donnerstag 7 Uhr. Hauptprobe...

Kurorte, Reisen und Wintersport. Friedrichroda, 2. d. Februar. Wetter- und Sport...

Stadesamt. Halle (Saale), Steinweg 2. Welbungen vom 3. Februar 1912.

Knorr Suppen-Würfel. Wer nicht probiert, verliert. 3 Teller Suppe 10 Pfg.

aus der altrenommierten Exportbrauerei Chr. Forstsch in Rulmbach (Qualität Spezial), wegen seines Malzgeruchens, großen Nährwertes u. seiner Wohlbedimmtheit ärztlich empfohlen, empfiehlt in Gebäuden, Flaschen u. Siphons

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
E. Lehmer, Generalvertreter, Halle a. S., Landbergstraße 7.
NB. Preislisten zu meinen Bln. Streifen werden auf Wunsch franco zugesandt.

DFG

